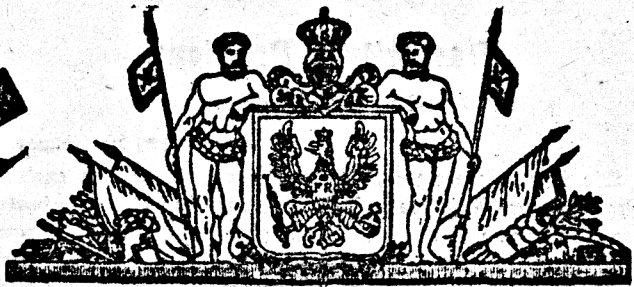


Vossische



Zeitung

Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die „Vossische Zeitung“ erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“.

Bezug: In Groß-Berlin monatlich 6 Mark bei tgl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 2.80 M. oder vierteljährlich 8.40 M. ohne Bestellgebühr.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelstells.): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Der Umsturz in Finnland.

Staatsstreich der Sozialisten mit russischer Hilfe. \* Stockholm, 28. Januar.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters

Von der finnischen Grenze wird mit gemeldet: Nachdem im Laufe des Freitags und des Sonnabends bedeutende militärische Abteilungen aus Petersburg nach Ostfinnland gekommen waren, die sich dort mit den russischen Soldaten und Roten Garbisten vereinigten, begann der von Sachkennern schon längst vorausgesehene erbitterte Kampf gegen die junge finnländische Republik.

Auf der Eisenbahnstraße Wiborg—Helsingfors rollten bis gestern früh rund achtaufend aus Petersburg abgegangene Soldaten mit Panzerautomobilen und Maschinengewehren. Sämtliche Stationen auf dieser Strecke sind bereits im Besitze der Roten Garbisten und ihrer russischen Mitkämpfer.

Um Finnlands Freiheit und Selbständigkeit gegen den Coup der russischen Bolschewisten und der einheimischen Roten Garde kämpfen die verhältnismäßig noch kleinen Abteilungen der finnischen Schützenvereine, die unter anderem auf der Strecke Wiborg—Petersburg zwei Eisenbahnbrücken gesprengt haben, um weiteren Zugang russischer Truppen nach Ostfinnland zu verhindern.

Der russische Matrosenausschuss in Helsingfors droht, die Stadt von den russischen Kriegsschiffen aus zu beschließen, falls das finnische Schützenkorps — diese einzige halbwegs militärische Macht, auf die sich die junge Republik zu stützen vermag — nicht bis morgen Abend die Waffen ausliefern sollte.

Inzwischen ist, wie schon im gestrigen Abendblatt kurz gemeldet, die Revolution der Sozialdemokraten mit Hilfe der Roten Garde und russischer Truppen Tatsache geworden.

In Finnland ist die Revolution des Proletariats ausgerufen worden. Der sozialdemokratische Ausschuss hat am Sonntag Abend eine revolutionäre Erklärung veröffentlicht, in der er ankündigt, daß die Gewalt ausschließlich der Arbeiterklasse und ihren Organen gehöre.

Nach einer späteren Meldung ist heute der allgemeine Ausstand erklärt worden, außer in den Werken für Elektrizität und Gas, so

wie in Apotheken, Krankenhäusern und Lebensmittelgeschäften. Die Ordnung wird von der roten Garde und Miliz aufrechterhalten. Die staatlichen Einrichtungen befinden sich in den Händen der Roten Garde. Mitglieder der Weißen Garde und Senatoren sind verhaftet worden. Die Weiße Garde hat bei der Station Korha eine Brücke in die Luft gesprengt. Von anderen Orten kommen ähnliche Meldungen.

Die Verhandlungen in Brest-Litowk.

Ankunft der Delegierten.

Brest-Litowk, 29. Januar.

Im Laufe des gestrigen Tages sind in Brest-Litowk eingetroffen: Am Nachmittag: Der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen Graf Czernin mit den übrigen Mitgliedern der österreichisch-ungarischen Delegation; am Abend: Staatssekretär v. Kühlmann und der bayerische Staatsminister und ehemalige Ministerpräsident Graf v. Podewils mit Begleitung, ferner Großwesir Talat Pascha, Minister des Auswärtigen Nessim Bey, Botschafter Gaffi Pascha mit einigen anderen türkischen Herren, endlich Teile der bulgarischen Delegation mit Oberst Gamschew an der Spitze; heute vormittag gegen 11 1/2 Uhr ist auch Volkskommissar Trocki in Brest angelangt.

Stockholm, 28. Januar.

Gockis Zeitung „Nowaja Schina“ teilt mit, daß außer den Vertretern von Bessarabien auch die Vertreter der autonomen Republiken Sibirien, Turkestan und des Dongebietes nach Brest-Litowk abreisen werden.

Eine Erklärung Trozki's.

Drahtmeldung.

Stockholm, 29. Januar.

Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur hat Trocki auf dem dritten allrussischen Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte am Schluß einer längeren Rede folgendes erklärt: „Die russische Delegation wird ihre Forderungen nicht preisgeben. Sie wird keinen Separatfrieden schließen. Die Bewegung greift auf Polen und England über. Die Macht der imperialistischen und bürgerlichen Regierungen ist unterminiert. Das europäische Proletariat wird uns unterstützen. Wir kämpfen für eine gemeinsame Sache und wir werden siegen.“

Der Fliegerangriff auf London.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Amsterdam, 29. Januar.

Nach einer amtlichen Neutermeldung kreuzten kurz vor acht Uhr Abends feindliche Flugzeuge über Essex und Kent an der Küste in der Richtung auf London. Einige Maschinen erreichten die Hauptstadt, wo sie zwischen neun und zehn Uhr Bomben abwarfen. Nach den letzten Berichten wurde ein feindliches Flugzeug von Fliegern über Essex abgeschossen.

Amlich wird später berichtet, daß ein weiterer Angriff auf London nach Mitternacht ausgeführt wurde. Um 1/1 Uhr morgens wurden Bomben abgeworfen. Der Angriff dauert noch fort.

Lanlings Erlaunen.

Neutermeldung.

Washington, 29. Januar.

Staatssekretär Lansing drückte seine Ueberraschung zu der Meldung aus, daß ein Exemplar der Rede des Grafen Czernin an Wilson beschränkt worden sei, noch bevor sie in Oesterreich gehalten worden sei. Lansing erklärt, ein solches Exemplar nicht erhalten zu haben, weder vor der Veröffentlichung noch seitdem.

Es ist klar, daß Graf Czernin bei den heutigen Verkehrsverhältnissen gar nicht in der Lage sein konnte, seine Rede, bevor sie gehalten wurde, in der Urschrift nach Washington zu versenden. Die Meldung, die Herr Lansing übertraf, erklärt sich aus einem Mißverständnis. Graf Czernin hatte in der Delegation eine besondere Ueberrichtung seiner Rede an Wilson mit dem Bemerkten als überlüssig bezeichnet, der Präsident erhalte von ihr ohnedies auf schnellstem Wege Kenntnis. Diese Wendung, die freilich nicht unmißverständlich war, sollte nur auf die Tatsache hinweisen, daß Herr Wilson alles Nötige ohnehin durch den elektrischen Funken vernähme.

Kann Japan anders?

Von Erich von Salzmann.

Aus dem fernen Osten laufen Nachrichten ein, die auf eine veränderte Haltung Japans gegen Rußland schließen lassen. Die Art der Depeschen läßt wenig Zweifel an der Wahrheit der darin enthaltenen Angaben. Japan geht in Nordostasien gegen Rußland vor. Wir haben uns lange dagegen gestraubt zu glauben, daß die Politik Japans so prinzipiell umschwanken würde. Und doch können wir nach den Erfahrungen der letzten Wochen mit Bezug auf die deutsche Politik nichts anderes sagen als: ein Wunder ist es nicht, daß Japan so handelt. Nach der Entwicklung der politischen Dinge in Kontinentaleuropa ist die Haltung Japans eine durchaus folgerichtige. Es kann nicht einfach eine Politik des Wartens bis ins Endlose treiben, bis es uns gefällt, die natürliche Entwicklung der Dinge in ihrem ganzen Umfang zu erkennen und einzuschwenken. Begründet auf die schlechten Vorkriegserfahrungen, stand in der „Vossischen Zeitung“ oft genug die Warnung, Japan zu offensichtlich um den Hals zu fallen und lieber die Zeit abzuwarten. Über alles Barten hat doch einmal ein Ende, und es kommt schließlich der Zeitpunkt, an dem gehandelt werden muß. Dieser Zeitpunkt kam vor kurzer Zeit. Er brachte die Entscheidung unserer Politik für Annäherung nach dem Westen und Abzage nach dem Osten. Das bedeutet zugleich Festlegung gegenüber Japan. Auf diese Entscheidung gründet sich prompt die heutige Haltung Japans. Sie konnte nicht anders sein. Die Politik Japans ist eine glatte und offene Mißtrauenserklärung Japans an Deutschland, auf das Japan ganz ohne Froge so lange und mit so viel Sehnsucht gehofft hat.

In dieser Zeitung wurde oft genug warnend darauf hingewiesen, gerade gegenüber Japan nicht die Politik vorgefertigter Meinungen zu treiben. Zu diesen rechnen wir den Einfluß des japanisch-amerikanischen Gegensatzes, den gewisse Politiker so stark wähten, daß sie glaubten, Japans in jedem Falle, gleichgültig, was in Kontinentaleuropa kommen möchte, zu jeder Zeit sicher zu sein. Das war eine Utopie und mußte eine solche sein. Japans Politik ist sehr feinfühlig. Als im Brest-Litowk am 28. Dezember 1917 die Entscheidung fiel, da schritten sie prompt zur Handlung. Japans Haltung war unerschwer zu erkennen. Gerade wir sind es gewesen, die rechtzeitig darauf hinwiesen, daß die Möglichkeit einer zeitweiligen amerikanisch-japanischen Auseinandersetzung ohne Krieg gegeben sei, wenn auch der Gegenjah an sich für alle Zukunft bleiben mußte. Japan mußte sich, so lange Deutschlands Haltung unklar war, diese Lösung als Reserve vorbehalten. Die Ereignisse haben unserer Theorie Recht gegeben. Der spritzende Punkt aller japanischen Politik wird stets das Verhältnis zu seinem mächtigsten Konkurrenten, nämlich Amerika, bleiben. Gibt man diese Prämisse zu, was wohl jeder politisch denkende Kopf tun wird, dann ist es eine ebenso klare und logische Folgerung, daß Japan nach den politischen und militärischen Erfahrungen dieses Weltkrieges in Zukunft Anstrengung an andere Mächte zum Zwecke des Zusammenschlusses einer ganzen Mächtegruppe tun muß. Auf diesem Gedanken baute sich die gegenüber Japan in unserer Zeitung betriebene Politik auf, d. h. die Hoffnung auf den deutsch-russisch-japanischen Zusammenschluß zur Ausbalancierung der englisch-amerikanischen Weltmonopolisierungsgelüste. Wir fühlen heute trotz dem offiziellen Gang der deutschen Politik keinen Grund zur Entschuldigung unserer bisherigen Haltung. Wir sind sogar noch vor von der Wichtigkeit unserer Ideen für die Zukunft überzeugt. Wir werden jedoch diesen Gedanken zu unserem eigenen großen Bedauern auf längere Zeit als Mittel zu aktiven Politik in zweite Linie rücken müssen.

Der Gang der Ereignisse in Japan ließ wohl darauf schließen, daß das Sonnenreich lange Zeit nicht abgelenkt war, diese Richtung der Politik einzuschlagen. Um das zu beweisen, möchte ich ein Urteil anführen, das wohl als das beste zurzeit anzuziehende gelten kann. Es heißt: „Der Wirtschaftskrieg. Die Maßnahmen und Bestrebungen des feindlichen Auslandes zur Bekämpfung deutschen Handels und zur Förderung des eigenen Wirtschaftslebens. Herausgegeben vom Königl. Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Kaiser-Wilhelm-Stiftung. Dritte Abtheilung, Japan, bearbeitet von Konsul Leo Ulrich, zurzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft. (Jena, Kommissionsverlag von Gustav Fischer 1917).“ Dieses Buch ist klar, ruhig, sachlich, ohne Tendenz geschrieben. Es folgte keiner bestimmten politischen Richtung, sondern bringt nur Tatsachen. Jeder kann sich selbst daraus sein Urteil bilden. In dem politischen Teil desselben: „Japans Haltung gegenüber Deutschland“ steht auf Seite 3: „Nach